

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau OS., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Ersteinst
wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus und
bei allen Verkäufenden 1 Mk. 50 Hg.

Druck und Verlag von
P. Hunold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau OS.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigen-Preis:
für die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pf.
Inseraten-Nachnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 96.

Freitag, Nr. 19

Mittwoch, den 4. Dezember 1918.

Freitag, Nr. 19

40. Jahrg.

Hindenburg an das Feldheer.

Berlin, 27. November. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat folgenden Auftrag an das Feldheer erteilt:

Soldaten, die Ihr mehr als vier Jahre lang trenn in Feindesland aufgehalten habt, denkt daran wie unendlich wichtig es für Euch und Heimat ist, daß die Rückführung der Truppen und die Entlassung der Verbände in voller Ruhe und Ordnung sich vollzieht. Nur wenn jeder einzelne von Euch trenn auf seinem Posten bleibt, bis die Stunde der Entlassung aus den Händen des Herrers für ihn gekommen ist, wird es gelingen, die mannigfachen Schwierigkeiten zu überwinden, welche die Rückführung solch gewaltiger Heeresmassen mit sich bringt. Die Ihr so oft in Zeiten der Kampf's selbstlos Euer eigenes Ich dem Wohle des Ganzen untergeordnet habt, vergeht auch jetzt nicht, daß die Heimat in dieser Stunde von Euch Opfer fordert. Sie hat gering gegenüber all dem, was Ihr in den vier langen Jahren des Krieges geleistet habt. Alles vorher den Jahrgängen 1896 bis 1898, die zunächst bei den Fächern bleiben, soll so schnell als möglich entlassen werden. Recht Euch nicht verführen, vorzeitig und eigenmächtig Euren Truppenteil zu verlassen. Vergegenwärtigt Euch stets, zu welchen Schwierigkeiten der Unterbringung und Verpflegung sowie im Abtransport es kommen muß, wenn jeder einzelne von Euch regellos nach Hause strebt. Ordnung und Disziplinhalten ist jetzt wichtiger denn je. Nur so wird die glatte Durchführung des Feldheeres nach dem Willen des Reiches zunächst vorgesehenen Unterbringungsmaßnahmen möglich sein. Von dort ist die Leitung der Verbände mit Eisenbahnen oder durch Flößen zu den Erhaltungsorten vorgesehen. Mit Rücksicht auf die große Zahl der Truppen und die beschränkten Transportmöglichkeiten kann dies nur allmählich erfolgen. Eilige oder längere Wartzeiten bei den Befehlshabern der Unterabteilungen werden sich für manche Formationen nicht vermeiden lassen. Auch hier habt Geduld und Vertrauen. Es wird Euer so frühzeitig an Euren Erhaltungsorten befristet werden, als die Umstände es gestatten. Keiner von Euch wird vergessen. Er wird verfahren, daß die Oberste Heeresleitung in Verbindung mit dem Generalstabschef alles anstellt, um Euch so bald als möglich Euren Angehörigen zuzuführen. Doch eins tut nun hierbei: Ruhe und Ordnung.

von Hindenburg.

Der Thronerzväter Wilhelm II.

Berlin, 29. November. Um aufgetauchten Mißverständnissen über seine Abkündigung zu begegnen, hat Kaiser Wilhelm II. in einer staatsrechtlich einwandfreien Urkunde auf die Rechte an der Krone Preußens und damit verbundenen Deutschen Kaiserthron verzichtet.

Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:

Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone. Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens sowie alle Offiziere und Mannschaften der Marine, des preussischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Kreuzzuges, den sie mir als ihrem Kaiser, König und obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohende Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.

Urkundlich unter unserer höchst eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insigne.

Gegeben Amsctongen, den 28. November 1918.

gez. Wilhelm.

Wilhelm II. über den Kriegsausbruch.

Aktin, 30. November. Professor Dr. Georg Wegener schreibt in der Aktin. Ztg.: Am Abend des 3. November erhielt ich im Kriegspressquartier von der Westfront vom Generalstab aus Spa die Aufforderung, den Kaiser auf der Fahrt zur Front zu begleiten. Nach dem Frühstück im Hofzuge hat nun der Kaiser am Tage vor dem Beginn der Revolution in Kiel, also fünf Tage vor seiner Flucht nach Holland, in einer etwa dreiviertelstündigen, durch keinen dritten Teilnehmer unterbrochenen Unterredung sich in eingehender Weise über die politischen Verhältnisse und Fragen ausgesprochen.

„Die ganze Politik der letzten Wochen vor dem Kriege, sagte er, haben Bethmann und Jagow allein gemacht. Ich wußte überhaupt nichts mehr davon. Sie haben mich ja durchaus wider meinen Willen nach Norwegen geschickt. Ich wollte die Reise nicht machen, da die Gespanntheit der Lage nach der Ermordung Franz Ferdinands auf der Hand lag. Aber der Reichstangler sagte mir: Majestät müssen die Reise antreten, um den Frieden zu bewahren. Wenn Majestät hier bleiben, gibt es sicher Krieg, und die Welt wird Euer Majestät die Schuld daran zuschieben. Nun, da bin ich dann gereift. Während der ganzen Zeit habe ich von meiner Regierung keine Nachrichten über die Vorgänge erhalten. Ich erfuhr eigentlich nur aus den norwegischen Zeitungen, was in der Welt geschah, so auch von dem Fortgang der russischen Mobilisationsvorbereitungen. Als ich dann aber das Auslaufen der englischen Flotte hörte, da bin ich auf eigene Faust zurückgekehrt. Beinahe hätten sie mich abgefangen. Auf meinen Befehl sind auch noch die deutschen Schiffe, die in norwegischen Häfen lagen, zurückgekommen. Später wäre das nicht mehr möglich gewesen.“

Professor Wegener erinnerte dann an die neuen Aussagen des ehemaligen russischen Kriegsministers Suchomlinow, die damals durch die Zeitungen gingen, in denen er seine bekannte Prognose über den Befehl zur russischen Mobilisation dahin änderte, daß der Zar in der Tat den Befehl gegeben hatte, freilich in seiner Weise so unklar, daß die Minister die Auslegung unter eigener Verantwortung hätten vornehmen müssen. Es sei aber noch keine wirkliche Mobilisation, sondern nur Mobilisierungsbefehl befohlen worden. Das alles ließ der Kaiser nicht gelten; er blieb bei der ersten Aussage Suchomlinows, nach der der Zar auf seine, des Kaisers Veranlassung den Mobilisationsbefehl zurückgezogen habe. Janusfischerei habe den Zaren aber belogen. Der Befehl sei doch ausgeführt worden, und zwar in Form einer wirklichen Mobilisation. Es sei durchaus falsch, nur Mobilisationsbereitschaft zu behaupten, und diese Mobilisation sei der letzte Grund zum Ausbruch des Krieges gewesen. Gewollt und erwungen habe ihn die russische Kriegspartei am Hofe. Die Vorbereitungen gingen ja schon bis in das Frühjahr 1914 zurück. Schon seitdem wurden die sibirischen Regimenter etappenweisen nach dem Westen gezogen. Man sprach zu ihnen selbst immer von Manövern. So kamen sie zuerst in die Gegend der Wolga, dann weiter nach Westen und zuletzt nach Wilna. Da erhielten sie plötzlich scharfe Patrone, und es wurde ihnen eröffnet, nun ginge es los. Tatsache ist auch, daß russische Truppen schon vor der Kriegserklärung unsere Grenzen überschritten haben.

Bethmann-Hollweg verteidigt sich.

Berlin, 30. November. In den Mitteilungen des Professors Wegener in der „Aktin. Ztg.“, deren Formulierung dem Ansehen des Kaisers nicht gerade einen Dienst erwiesen haben dürften, findet sich auch die Behauptung, Bethmann-Hollweg und Jagow haben den Kaiser im Juli 1914 durchaus wider seinen Willen nach Norwegen geschickt. Gegenüber dieser Behauptung erklärt die „Deutsche Aktin. Ztg.“: Bei der Unterredung unseres Vertreters mit Herrn von Bethmann am 26. November wurden auch die hier erwähnten Vorgänge ausführlich erörtert. Herr von Bethmann wies darauf hin, daß der Kaiser ihn vor Antritt der Reise nach Norwegen um seine Meinung gefragt habe. Mit voller Schärfe aber sprach sich Herr von Bethmann gegen die Unterstellung aus, als habe die Reichsleitung damals den

Kaiser von Deutschland entfernt oder auf Reisen geschickt, wie es in der Niederschrift des Professors Wegener heißt, um dann ungeführt zum Kriege schreiten zu können.

38 Verhältnis-Wahlkreise.

Berlin, 29. November. Der Rat der Volksbeauftragten hat beschlossen, die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung am 16. Februar stattfinden zu lassen, vorbehaltlich der am 16. Dezember 1918 zusammentretenden Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Das Reich wird in dem Gebietsumfang vom 1. August 1914, ohne daß damit der Entscheidung der Friedensverträge vorgegriffen wird, in 38 Verhältniswahlkreise eingeteilt, in denen nach der Einwohnerzahl je 6 bis 16 Abgeordnete zu wählen sein werden. WZW.

Die Besetzung der Rheinlande.

Genf, 1. Dezember. Das Pressebureau des französischen Kriegsministeriums hat folgende Mitteilung veröffentlicht: Die Besetzung der Brückenköpfe auf dem rechten Rheinufer ist endgültig wie folgt geregelt. Die Belgier werden die Gegend von Düsseldorf besetzen von der holländischen Grenze bis zur englischen Zone; diese umfaßt die Gegend von Köln mit dem Jülichland zwischen der deutschen Grenze und dem Rhein. Die Amerikaner schließen sich südlich an die Engländer an; sie besetzen Koblenz und das Hinterland bis zur luxemburgischen Grenze. Rechts von ihnen besetzen die Franzosen Mainz, das Großherzogtum Luxemburg und die Pfalz.

Düsseldorf, 2. Dezember. Am Sonntag nachmittags wurde Nachen von 2 belgischen Regimentern besetzt, welche mit Hörnerklang bis vor das Rathaus zogen und dort Aufstellung nahmen. Es wurde sofort die belgische Zeit eingeführt, die eine Stunde früher ist, und ferner bekannt gemacht, daß alle Lokale um 8 Uhr geschlossen sein müssen. Nach dieser Zeit darf sich niemand mehr auf der Straße sehen lassen. Einem Mitgliede des Soldatenrates, der vom belgischen Kommandanten empfangen werden wollte, wurde vom Kommandanten mitgeteilt, daß er abgesetzt sei und daß von nun ab in Nachen nur noch der Oberbürgermeister als Autorität anerkannt werde. Die Zeitungen dürfen 2 Tage nicht erscheinen und werden dann einer strengen Präventiv-Zensur unterworfen. Jede Kritik an den Maßnahmen der Entente ist verboten. Die politische Haltung der Zeitungen wird streng überwacht werden.

Die Armee Macdensen nicht interniert?

Berlin, 1. Dezember. Die Waffenstillstandskommission in Spa besaßte sich in der gestrigen Sitzung mit der Frage der Internierung der Armee Macdensen, über welche weitere Verhandlungen geführt werden. Nach dem deutschen Waffenstillstandsabkommen darf die Armee Macdensen nicht interniert werden, sondern muß sich unverzüglich hinter die deutsche Grenze zurückziehen.

Berlin, 1. Dezember. Drei Infanterieregimenter der Heeresgruppe Macdensen sind in Obergberg eingetroffen.

Die Lage nicht ungefährlich.

Berlin, 2. Dezember. Die öffentliche Gewalt der Reichshauptstadt ist seit einigen Tagen von neuem bedroht. Die Liebeschützengruppe hat sich in den Besitz von Waffen und Munition sowie von Maschinengewehren gesetzt. Durch den Besitz von 2 Funkstationen verfüge sie über die Fernsprecheinrichtungen mit den Kommanden des Auslandes. Die Lage erscheint nicht ungefährlich.

Die Oberste Heeresleitung.

Kassel, 29. November. Die Meldung, daß die Oberste Heeresleitung nach Berlin verlegt werde, ist unrichtig. Wie mitgeteilt wird, ist mit Rücksicht auf die Demobilisierung mit einer Verlegung vor Weihnachten nicht zu rechnen.

Kassel, 28. November. Über die von der Reichsregierung verlangte Verlegung der Obersten Heeresleitung von Kassel nach Berlin ist hier Endgültiges noch nicht bekanntgegeben. Es heißt hier, daß die Verhältnisse auf Wilhelmshöhe für die Oberste Heeresleitung ohnedies nicht sehr angenehm sind. Allgemein fiel hier das erste und traurige Aussehen des Feldmarschalls von Hindenburg auf bei der Besichtigung der heimkehrenden Truppen.

Kaiser Wilhelm erkrankt.

Berlin, 29. November. Dem „Berliner Tagebl.“ zufolge ist Kaiser Wilhelm erkrankt an der Grippe erkrankt und muß das Bett hüten.

Die Hohenzollernprinzen.

Berlin, 29. November. Sämtlichen königlichen Prinzen und Prinzessinnen des Hohenzollernhauses ist das Verlassen deutschen Bodens freigestellt worden. Ihre Vermögenswerte bleiben bis zur gänzlichen Regelung der Verlassungsfrage im Inlande beschlagnahmt.

Die Heimkehr der Sieger in das besiegte Vaterland.

Düsseldorf, 28. November. Fast ununterbrochen flutet seit einigen Tagen der Strom der aus dem feste heimkehrenden Truppen der 4. Armee über die Rheinbrücke. Bis in die Nacht hinein rückten gestern mehrere geschlossene Divisionen mit klingendem Spiele an. Truppen aller Waffengattungen neben Geschütz- und Panzercolumnen aller Art, durchweg mit Blumen und Fahnen geschmückt, von der sie freudig begrüßenden Menge mit Liebesgaben versehen, glichen auf ihrem Marsch zum Teil durch die innere Stadt weiter nach Osten. Der Durchzug vollzieht sich nach wie vor in vollkommener Ordnung.

Düsseldorf, 30. November. Die Zahl der Truppen, welche sich zur Zeit auf dem Marsch durch die Rheinlande befinden, beträgt rund 3 Millionen. Es handelt sich dabei um die 1., 8., 4., 5., 6., 7., 17. und 18. Armee. Bisher geht alles tadellos.

Deutscher Protest gegen den russischen Überfall.

Berlin, 30. November. Russische Truppen sind bei Norma, Wleskon und Klings zum Angriff übergegangen. Russische Kriegsschiffe beschließen Norma. Falls die Feindseligkeiten größeren Umfang annehmen, kann der Abzug unserer Truppen dadurch gestört werden.

Die deutsche Regierung hat bei der russischen Vorstellung erhoben.

Fünf Milliarden Zinsen.

London, 30. November. Der Finanzredakteur des „Daily Chronicle“ schreibt: Die Sachverständigen glauben, daß Deutschland 5000 Millionen Zinsen oder Entschädigung mindestens zahlen müsse. Wenn es notwendig sei, müsse es Hypotheken auf seine Ergraben und anderes aufnehmen, bis die Schuld getilgt sei.

Frankreichs Raubgier.

Berlin, 30. November. In Saarbrücken erklärten französische Offiziere, daß Elsass-Lothringen und das Saar-Revier französisch sein und bleiben und daß von einer Volksabstimmung keine Rede sein könne. Sie fügten hinzu, daß, wenn das übrige Rheinland sich für Frankreich entscheide, Frankreich alles tun werde, um seinen „berechtigten“ Wünschen Verwirklichung zu schaffen.

Die Italiener bedrohen München.

München, 2. Dezember. Die „Neue Züricher Zeitung“ meldet aus Innsbruck, daß die Italiener, die gegen Bayern vorgehen, alle Vorbereitungen treffen, um in absehbarer Zeit München zu besetzen.

Thronerzitz der Großherzogin von Luxemburg.

Genf, 30. November. Die Großherzogin von Luxemburg erklärte, das Land bis zur endgültigen Entscheidung über Luxemburg nicht mehr regieren zu wollen. Sie ersuchte Wilson, bis zum Abschluß des Westfälens das Großherzogtum unter seinen Schutz zu nehmen. Der oberste Kriegsrat in Versailles beschloß, Luxemburg von amerikanischen Truppen besetzen zu lassen.

Ausweisung der in England anässigen Deutschen.

London, 30. November. (Reuter.) Generalstaatsanwalt Smith sagte gestern Abend in Dorchester, es sei die Politik der Koalitionsregierung, alle Deutschen in England nach Deutschland zurückzuführen. — So sieht englische Gesetzgebung aus.

Hungersnot in Deutsch-Österreich.

Bern, 30. November. Das Berner Tageblatt meldet, die Entente-Journalisten, die von Innsbruck nach Wien gefahren sind, berichten schreckliche Einzelheiten von der Hungersnot in Deutsch-Österreich. Wien ist besonders schwer getroffen, da die Menschen die Lebensmittelzufuhr unterbrochen. Es sei eine große Sterblichkeit zu verzeichnen, nicht einmal Kartoffeln, Milch und Brot seien vorhanden. Die Journalisten sind der Ansicht, nur sofortige Entente-Hilfe könne verhindern, daß in dem ganzen Lande gewaltige Hungerrevolten und schwere bolschewistische Unruhen ausbrechen. Ganz Deutsch-Österreich gehe in wenigen Tagen dem Hungertode entgegen.

Absetzung König Niklas.

Wien, 30. November. Der montenegrinische Staatsrat hat einstimmig beschlossen, den König Niklas und dessen Dynastie abzusetzen und Montenegro und Serbien unter einer Krone zu vereinigen. Die Hauptstadt des neuen Reiches soll Cetinje sein. — Es ist bezugnehmend, daß die Stadt des Mordmordes am Erzherzogpaar und der Ausgangspunkt des Weltkrieges zur Hauptstadt Serbiens erhoben werden soll.

Die Pogrome in Lemberg.

Berlin, 29. November. Ein Berliner Blatt bringt einen ausführlichen Bericht eines aus Lemberg zurückgekehrten Mitarbeiters über die Judenpogrome in Lemberg. In dem Bericht heißt es: Schon in den ersten Stunden nach dem Einzug der Polen am 22. November begannen in dem jüdischen Viertel Lembergs Plünderungen. Am 25. November begann man mit massenhaften Morden im Judenviertel. Zunächst vergründeten sich polnische Brigaden damit, in den Straßen des Judenviertels einzelne durch die Straßen gehende Juden niederzuschlagen. Später begannen sie damit, die Juden zusammenzutreiben und in den Häusern familieneu abzuschießen. Einige hundert Juden starben in Todesangst in die Synagoge und in barackierten dort. Die polnische Brigaden umzingelten das alte Gotteshaus und legten Feuer an. Während das Gotteshaus brannte, versuchten zahlreiche Juden aus den Fenstern des Gotteshauses zu springen, aber wer sich aus dem Fenster stürzen wollte, wurde von den unten wartenden Legionären niedergeschossen. Das Gotteshaus brannte vollständig nieder; in ihm sind mehr als hundert Juden verstorben. Dieses Vorgehen wurde von den Polen dann im großen wiederholt. Ganze Judenviertel wurden von den polnischen Legionären umzingelt, sämtliche Straßen abgesperrt und systematisch Haus für Haus in Flammen gesetzt. Aus den brennenden Häusern flüchteten Juden zum Grunde stehend Männer, Frauen und Kinder auf die Straßen. Sie wurden von den Legionären durch Schüsse, Bajonettschläge und Gewehrschüsse getötet oder in die brennenden Häuser zurückgedrängt. Etwa 1100 Personen dürften bei diesen Pogromen umgekommen sein.

* Wronke. (Polische Judenverbrechen.) Ein polnischer Arzt in Wronke, der in der Form einer polnischen Art in der Hand, gelangt von einem Hausen unruhelicher Menschen, zur Kaiserliche, die er umhüllte. Dann zogen die Menschen zum Kaiser-Wilhelm-Denkmal, worin dem alten Kaiser einen Strich um den Hals und schickten ihn mit großem Hallo zum Marktplatz herum.

lokales u. Provinzielles.

Sehau O.E., den 3. Dezember 1918.

§ (Zentrumsversammlung.) Eine Sitzung der Kreiskomitees der Zentrumsparlei für Pleß-Rhydt fand heute vormittag im Hotel „Zur Post“ hieselbst unter sehr zahlreicher Beteiligung der Vertrauensmänner des Wahlkreises und auch von Gästen statt. Nach einer sehr lebhaften Aussprache über die allgemeine politische Lage wurden parteipolitisch wichtige Beschlüsse gefaßt. Näheres hierüber in einer der nächsten Nrn.

§ (Kath. Bürgerverein.) Nach fast dreijähriger Ruhepause will der hiesige katholische Bürgerverein sich wieder zu erster Arbeit aufmachen. Die am vergangenen Sonntag in Nawroths Hof stattgefundene Generalversammlung, zu welcher sich mehr als 50 Mitglieder eingefunden hatten, gab hierüber ein recht erfreuliches Bild. Herr Harrer V. o. d., der Präsident des Vereins, eröffnete die Versammlung mit dem katholischen Gruß, gab seiner lebhaften Freude über das zahlreiche Erscheinen der Mitglieder Ausdruck und ließ alle herzlich willkommen sein. Daß der Verein in letzter Zeit fast gar nicht zusammenkam, lag wohl daran, wie der Herr Präsident meinte, daß die Zukunft dunkel lag und Zukunftsarbeit zu leisten vergeblich ist. Nun aber ruft uns die neue Zeit an: „Wach' auf und geh' an die Arbeit!“ — Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Vereinsmitglieder Ignaz Breuer, Franz Wipha, Martin Woder, Carl Wolos, Franz Fuß und Viktor Kurek durch Erheben von den Plätzen. Bei Erledigung der Tagesordnung nahm die Versammlung zunächst einen vorläufigen Rassenbericht entgegen. Danach hat die Sterbefälle einen Bestand von 1799,90 M., die Vereinskasse einen solchen von 890,30 M. Die endgültige Rechnungslegung erfolgt in einer der nächsten Versammlungen. — Bevor die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen

wurde, gab Herr Bürgermeister Reiche seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß der Verein in den letzten Jahren fast gar nicht zusammengetreten ist, obwohl doch gerade die Kriegszeit hierzu am geeignetsten war, vor allem auch um die Mitglieder aufzuklären und ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Deshalb mühte der Vorstand aus tatkräftigen Männern zusammenzusetzen. Die durch Zufall vorgenommene Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis, indem gewählt wurden: Als Vorsitzender (Präsident) Herr Harrer V. o. d., als Stellvertretender Vorsitzender Herr Bürgermeister Reiche, als Schriftführer Herr Kaufmann Reigel, als Rentant Herr Kaufmann Polczek, zu Beisitzern die Herren: Literat Haering, Apotheker Heitwer, Schlossermeister Gollus, Fleischermeister Julius Gornitz, Malermeister Wipp und Rechtsanwalt und Notar Matzke. In die Rechnungsprüfungskommission wählte die Versammlung die Herren: Maler und Schlosser Kurda, Kaufmann Herrich und Buchdruckermeister Hanoold.

In einer glänzenden, formvollendeten Rede wies darauf Herr Harrer V. o. d. auf die großen Gefahren hin, welche das Christentum von seiten der Sozialdemokratie aus der äußeren bedrohen. Darüber äußerten uns auch die schon und harmlos klingenden Worte hinweg, die der Herr Volksbeauftragte Haase in Gletzig gesprochen hat. Für uns bleibt maßgebend der sozialistische Grundsatz: „Religion ist Privatangelegenheit“, was sagen will, daß 1. die Religion im öffentlichen Leben keinen Platz mehr findet und daß es 2. jedem freisteht, über religiöse Dinge sich frei zu äußern, die Religion zu verstoßen und Gott zu lästern. Kennzeichnend für die religiöse Stimmung der Sozialdemokratie ist und bleibt für immer das Programm des Erörterer Vorlesages, wonach die Kinder verpöht sind, die „Einheitschule“ zu besuchen. Wie in dieser unterrichtet werden soll, ist auf dem Parteitage in Halle festgelegt worden, nämlich: „Wir müssen die Schule gegen die Kirche mobilisieren, die Schulmeister gegen die Pöf.“ In tätiger Unterried bezieht die Religion.“ Dielem Grundsatz entspricht es auch der neueste Erlass unseres neuen „Kulturministers“ Herrn Adolf Hoffmann, daß nämlich von nun an ein sog. „religiöser Moralunterricht“ erteilt werden soll. Der Hinweis des Herrn Haase auf die amerikanischen kirchlichen Verhältnisse ist also nicht zutreffend, da es dort selbst den einzelnen Konfessionen freisteht, nicht nur ihre eigenen Schulen zu bauen, sondern auch ihre Kinder in diese rein konfessionellen Schulen zu schicken. Daraus ermahnte der hochw. Redner in ersten Worten die Anwesenden, bei den kommenden Wahlen zur Nationalversammlung unter keinen Umständen für die sozialdemokratische Partei zu stimmen, welche darauf ausgeht, die kirchliche Wirksamkeit der Kirche zu untergraben.

Im zweiten Teil seiner Rede kam Herr Harrer V. o. d. auf die Zugehörigkeit Oberschlesens zu Preußen oder Polen zu sprechen. Er wies darauf hin, daß man es den obersteichischen Polen nicht verargen könne, daß dieselben infolge der gänzlich verfehlten deutschen Völkspolitik mit ihrer Entgegnung und sonstigen Schikanen verärgert und verstimmt seien. Doch dürfe man nicht den deutschen hier lebenden Mitbürgern zum Vorwurf machen, wofür nur die frühere Regierung und die hoffentlich für immer beseitigte Sozialdemokratie verantwortlich sind. Er ermahnte darum, einen verhältnismäßig Standpunkt einzunehmen. Doch hielt er es für seine pflichterliche Pflicht, auch auf jene ersten Bedenken hinzuweisen, welche gegen eine Völkertrennung Oberschlesiens von Preußen sprechen. Zunächst verbiete es uns die christliche Tugend der Treue, das Vaterland in den bittersten Tagen der Not zu verlassen. Goldene Berge, wie sie so oft den Polen versprochen werden, kann es nach dem unglücklichen Kriege weder hier noch dort geben. Schwer belastet wird Deutschland und Polen sein. Wohl wird der polnische Staat nach dem Völkerrücktritt vergrößert sein, Benfionen, Renten usw. zu zahlen; ob er aber hierzu fähig sein dürfte, bleibt sehr fraglich. Ein weiterer Völkerrückgrundsatz ist es, daß die Staatschulden von dem sich löstrennenden Landesteil mitgetragen werden müssen. Ein weiteres Bedenken besteht darin, daß der Wert von Grund und Boden, ferner die Arbeitslöhne bedeutend sinken würden. Denn im obersteichischen Polen hat der Boden nur den vierten Teil des Wertes des hiesigen. Die Tausenden von polnischen Arbeitern, die sonst in Sachsen, Westfalen und anderen deutschen Provinzen Arbeit und Verdienst gesucht und gefunden haben, würden dann, sobald die Grenze fällt, siederlich dem obersteichischen Industriegebiete zufließen und hier den obersteichischen Arbeiter verdrängen oder wenigstens zwingen, für geringeren Lohn zu arbeiten.

Bekanntmachung.

Ein gewisser Teil der hiesigen Bevölkerung glaubt in vollständiger Verleugung bzw. Nichtbeachtung der furchtbaren ersten und schweren Tage, in welcher sich das deutsche Vaterland und das gesamte deutsche Volk zur Zeit befindet, sich Vergessungen und Belustigungen für die Zeit hingeben zu dürfen. Der Arbeiterrat hält es für seine Pflicht, diesen Freiden mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken und hat deshalb in seiner Versammlung am 2. d. Mts. einstimmig beschlossen, daß Tanzveranstaltungen jeder Art verboten sind. Die in Frage kommenden Gastwirte werden darauf hingewiesen, dieses Verbot zur Vermeidung der Sanktion des Gefängnisses genau zu beachten. Sohrau O.S., den 3. Dezember 1918.

Der Arbeiterrat.

Ratsherr. Ratsherr.

Die Polizei-Verwaltung.

Ratsherr.

Bekanntmachung.

Edelichen Gewerbetreibenden ist es verboten, Waren jeglicher Art gegen Austausch von Lebensmitteln oder Arbeit des täglichen Bedarfs abzugeben. Im Übrigen ist die Einhaltung des Gesetzes zu gewährleisten. Sohrau O.S., den 3. Dezember 1918.

Der Arbeiterrat.

Ratsherr. Ratsherr.

Zum Besten der im nächsten Monat wieder zu eröffnenden Suppenküche hat die Marienkirche Kongregation 100 Mk. und eine „Regelkassette“ 7 Mk. gespendet. Gott begnüge!

Die Not der hiesigen Armut

ist aufs höchste gestiegen. Es ist eine Gewissenspflicht der Bessergestellten, diese bedrückte Lage einigermaßen lindern zu helfen. Arme Schulkinder und bedürftige Erwachsene hoffen auch in diesem Jahre auf eine Weihnachtseinbeziehung. Zur Ausführung derselben ist eine bedeutende Geldsumme erforderlich. Die Mitgliederbeiträge unterzeichneten Vereinen reichen fast nur für die monatlichen, seit längerer Zeit erhöhten Unterstellungen.

Edle Wohltäter!

helfen Sie uns, durch baldige Geldgewandungen eine Weihnachtseinbeziehung zustande zu bringen.

Der Vorstand des Vaterländischen Frauen-Vereins zu Sohrau O.S.

Spenden werden die Vorstände: Frau Bürgermeister Reiche und die Rummereikasse entgegen nehmen.

Allgemeine Ortskrankenkasse Sohrau O.S.

Donnerstag, den 8. Dezember 1918, abends 7 1/2 Uhr

findet im Stadtverordnetenversammlungssaal eine

Ausschussung

statt, zu welcher die Herren Ausschussmitglieder mit der Bitte um vollständiges Erscheinen hiermit eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Abnahme und Entlohnung der Jahresrechnung für 1917.
2. Wahl des Rechnungsaußschusses für die Prüfung der Jahresrechnung für das Jahr 1918.
3. Festsetzung des Voranschlags für das Jahr 1919.

Sohrau O.S., den 27. November 1918.

Der Vorsitzende des Vorstandes.

Paul Schreyer.

Meine

Restaurations-Lokalitäten

sind event. mit Saal und Fremdenzimmer an einen tätigen,

kautionsfähigen Pächter

zu vergeben.

Hugo Schüttan.

Sohn ordentlicher Eltern

für unser kaufmännisches Büro gesucht.

Deutsche Luftfilter-Baugesellschaft m. b. H. Sohrau O.S.

Suche für sofort

2 Lehrlinge.

A. Ludwig, Schlossermeister.

Einen Knecht

sucht für sofort

Franz Katz.

Sohrau.

Donnerstag, den 5. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:

Großes Militär-Streich-Konzert

ausgeführt von der

aktiven Kapelle des Dragoner-Regiments Nr. 12

Leitung: Obermusikmeister Urbach.

Solist: Violinvirtuos Both.

Eintrittskarten im Vorverkauf in der Stadtbuchdruckerei Hunold 1,50 Mk. und 1 Mk. zu haben. An der Abendkasse erhöhte Preise.

Rücktransport der Kriegshunde.

Die in der Heimat und im Felde befindlichen mit Diensthunden belieferten Truppenteile haben Anweisung erhalten, die Hunde unmittelbar ihren Besitzern gegen Empfangsbcheinigung zurückzuführen. Ueber den Zeitpunkt der Rückführung können nähere Angaben nicht gemacht werden. Es sind hier die gleichen Schwierigkeiten, wie bei dem Rücktransport der Mannschaften zu überwinden. Immerhin ist damit zu rechnen, daß in Anbetracht der schnellen Räumung der besetzten Gebiete und wie gesagt unter Berücksichtigung der Transportbeschwerden dieser oder jener Hund nicht oder erst später zurückgebracht werden kann. Hunde, die von den Besitzern zur freien Verfügung gestellt wurden, auf deren Rückgabe also von vornherein verzichtet wurde, gehen in den Besitz der Heeresverwaltung über.

Es wird gebeten, Anfragen der Hundebesitzer, wann die Rückführung ihres Hundes erfolgt, wo sich das Tier befindet usw., nicht ergehen zu lassen, da die Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission Abteilung Kriegshunde unter den heutigen Verhältnissen selbst nichts Näheres weiß und daher bestimmte Angaben nicht zu machen vermag.

Die Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission spricht bei dieser Gelegenheit allen Hundebesitzern, die ihre Tiere zur Verfügung stellten, ihren besten Dank aus. Die Hunde haben viel Gutes geleistet.

Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission

Abteilung Kriegshunde (früher Inspektion der Nachrichtentruppen) Charlottenburg, Sauerstraße 13, 4. Etage.

Bekanntmachung.

1. Die Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe können vom

2. Dezember d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kassenrichtung bis zum 15. Juli 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. Der Umtausch der Zwischenscheine für die 4 1/2% Schatzanweisungen der VIII. Kriegsanleihe und für die 4 1/2% Schatzanweisungen von 1918 folge VIII findet gemäß unserer Anfang d. Mts. veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

4. November d. Js.

bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kassenrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im November 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Savenstein. v. Grimm.

30 Arbeiter

für die

Rohr- und Schilfaberntung

in Smietshettich bei Sohrau, Schyglowitz, Gottartowitz und Kahlau bei gutem Afford sofort gesucht. Meldungen im Hotel „Zur Post“ Sohrau.

Fitzner, Ingenieur.

Polier u. Betonmeister mit Kolonne

für unsere Baustellen in Gottmitzgrube und andere Arbeitsstellen für dauernde und Winterbeschäftigung sofort gesucht.

Act.-Ges. für Bauausführungen,

Gleiwitz O.S., Mengelstraße 3.

Telephon 202 und 203.

Spezialgeschäft für Industrie- und Kleinwohnungsbau.

Eine ordentliche

Bedienung

sucht

Frau Gerichtsssekretär Karwath.

Eine Stube

ist zu vermieten und sofort zu beziehen.

Johann Brzoska, Mauerstraße.

Reichenberger's Zahn-Atelier

Sohrau O.S., Ring 129.

Sprechstunden:

Vormittags von 8—12 Uhr,

Nachmittags von 2—6 Uhr.

Sonntags von 9—12 Uhr.

Mädchen und Frauen!

Alles ansgestammte Haar kauft

August Wrobel.

Leere Weinflaschen,

Altpapier

(Zeitung, Bücher, Hefte und Alten) kauft

Sohrauer Flaschen-Centrale

Ring 57.

Dominium Vorbriegen

Knechte und Arbeiter

sucht bei Deputat und Lohn, Wohnung und Beheizung.